

Positionspapier

Bauplan Zukunft

Positionen zum Demographischen Wandel

Inhalt

Vorwort	_03
1 Bildung	_04
2 Partizipation	_06
3 Konsolidierung öffentlicher Haushalte	_08
4 Sozialversicherung	_10
5 Jugendspezifische Lebensräume	_11
6 Medien	_12
7 Arbeitslosigkeit	_13
8 Einwanderung und Integration	_14
9 Förderung von Familien	_16
10 Geschlechtergerechtigkeit	_17
11 Umwelt und Ressourcen	_18
Ausblick	_19

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 07 11/16 447-0, Fax 07 11/16 447-77
E-Mail: info@ljbw.de, Homepage: www.ljbw.de

Redaktion:

Irene L. Bär, Eva Lang, Jochen Mack, Eva Reinhardt

V.i.S.d.P.: Berthold Frieß, LJR-Vorsitzender

Gestaltung: Gabriele Schmidt, Freiburg

Druck: e.kurz + co, Stuttgart

Stuttgart, Mai 2006, 1. Auflage, 2.500 Stück

Das Positionspapier wurde in der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. am 25. März 2006 intensiv diskutiert und verabschiedet.

Gefördert aus Mitteln des Kommunalverbandes Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS).



www.bauplan-zukunft.de



Vorwort

Der Demographische Wandel wird eine völlig neue Situation und neue Rahmenbedingungen erzeugen, die mit der bisherigen Politik und ihrem Handwerkszeug nicht zu bewältigen sind – davon bin ich überzeugt. Um den zukünftigen Generationen – schon der nächsten, den heutigen Kindern und Jugendlichen – Handlungsspielräume zu eröffnen, braucht es jetzt, hier und heute grundlegende und mutige Entscheidungen. Dazu wollen die Positionen des Landesjugendrings und seiner Mitgliedsorganisationen anregen.

Der Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. hat die Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen für die Landespolitik“ des Landtags von Baden-Württemberg (2004-2005) zum Anlass genommen, einen Bauplan zur Gestaltung der Zukunft zu entwerfen. Dieser Bauplan enthält Forderungen zu elf Themenräumen, die aus Sicht der jungen Generation für die Zukunftsfähigkeit und die künftigen Lebensbedingungen in unserem Bundesland entscheidend sind.

Mit der Kampagne „Bauplan Zukunft – Damit die Jugend nicht alt aussieht!“ hatte der Landesjugendring die Sichtweise junger Menschen zum Thema Generationengerechtigkeit nachdrücklich in die politische Diskussion eingebracht. Dazu hatte eine Arbeitsgruppe die „Jungen Thesen zur Zukunft“ entwickelt, die auf verschiedenen Veranstaltungen und im Internet unter www.bauplan-zukunft.de die Diskussion in Gang brachten. Dies wurde von einer gelungenen Pressearbeit begleitet.

Einen Tag vor der Landtagswahl im März 2006 haben die Delegierten der Mitgliedsverbände in der Vollversammlung des Landesjugendrings das vorliegende Positionspapier intensiv diskutiert und verabschiedet. Sie haben damit einen Bauplan entworfen, wie sich die jungen Menschen in Baden-Württemberg ihre Zukunft vorstellen.

Berthold Frieß, *Vorsitzender*



Themenraum 1

Bildung

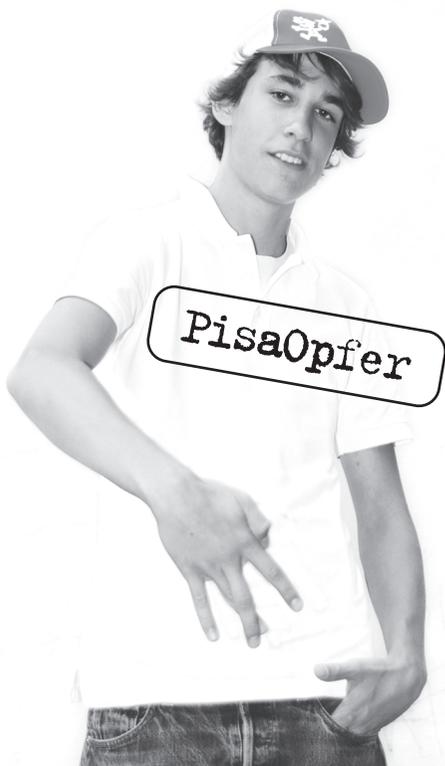
In einer globalisierten Wissensgesellschaft ist Bildungspolitik der Schlüssel zur Gestaltung von Zukunft. Junge Menschen sind noch mehr als früher darauf angewiesen, dass sie gut ausgebildet sind. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist es wichtig, dass die kommenden Generationen optimale Voraus-

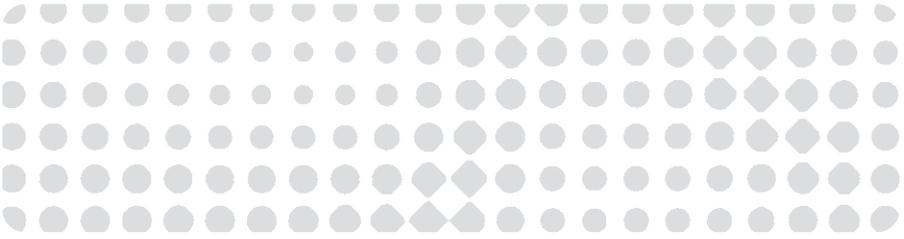
setzungen haben, ihre Fähigkeiten zu nutzen. Denn zukünftig müssen weniger junge Menschen das Gemeinwesen mitgestalten und die Wirtschaft tragen.

Bereits in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts hat sich gezeigt, dass eine unzureichende Bildungspolitik im nachfolgenden Jahrzehnt immense Probleme bei der Bereitstellung ausreichender Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zur Folge hat.

Wichtig ist, dass Bildung umfassend verstanden wird. Es muss immer um die „optimale Entfaltung aller geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte“ gehen (Bildung in Bewegung – Positionspapier des Landesjugendrings; 2002). Das bedeutet auch, dass sich Bildung nicht nur auf ökonomische Erfordernisse konzentrieren darf.

Gerade in der außerschulischen Jugendbildung zum Beispiel in Jugendverbänden erwerben Jugendliche Sozialkompetenzen und lernen, sich in demokratischen Systemen zu bewegen. Dies sind wichtige Qualifikationen für das zukünftige Zusammenleben unserer Gesellschaft. Schon jetzt drohen 20 Prozent der Jugendlichen durch das Bildungssystem unseres Landes zu fallen und, abgestempelt als so genannte Bildungsverlierer, wenig Aussicht auf ein selbst bestimmtes Leben zu haben.





Bei der Planung von Bildung ist zu beachten, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen deutlich zunehmen wird. Deren Risiko, keine ausreichende Ausbildung zu erhalten, ist wesentlich höher als das der Jugendlichen deutscher Herkunft.

Forderungen:



→ Bildung muss stärker als bisher soziale, kulturelle und interkulturelle Kompetenzen fördern.

→ In Baden-Württemberg braucht es mehr und bessere Ganztagesbildung: Kleinere Klassen, Öffnung der Schule und des Schulsystems (Autonomie, Qualitätsentwicklung, ...), Sprachförderung, Aufwertung außerschulischer Bildungsorte, Ausbau der Förderung 0-6jähriger.

→ Chancenarme Jugendliche brauchen besondere Förderung, um den Anschluss zu behalten. Denn die Gesellschaft braucht die Kraft von allen Kindern und Jugendlichen.

→ Bildung muss die Dimension Glück beinhalten, also einen deutlichen Fokus darauf legen, dass junge Menschen lernen, ein erfülltes und zufriedenes Leben zu gestalten.

→ Bildung muss frei zugänglich bleiben bzw. werden (Studiengebühren), so dass möglichst viele junge Menschen eine möglichst hohe Qualifikation erlangen können, ohne für die Kosten aufkommen zu müssen.

→ Außerschulische Bildungsarbeit muss weiter gefördert und aufgewertet werden, z. B. die Arbeit der Jugendverbände.

→ Wir brauchen eine Bildung, die zu Verantwortung für die Gesellschaft führt.

Themenraum 2



Partizipation

Die Gesellschaft wird immer älter. Seit dem Jahr 2000 leben mit steigender Tendenz in Baden-Württemberg mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige. Für das Jahr 2050 wird folgende Verteilung prognostiziert: Der Anteil der Menschen über 60 Jahre steigt von heute 23 Prozent auf gut 36 Prozent, während spiegelbildlich der Anteil der unter 20-Jährigen von 22 Prozent auf 16 Prozent absinken wird.

*(Quelle: Statistisches Landesamt:
Statistik aktuell 2004)*

Die Interessen jüngerer Menschen, von denen schon bisher ein großer Teil keinen direkten Einfluss durch Wahlbeteiligung hatte, könnten im politischen Geschehen völlig ins Abseits geraten, wenn als entscheidende Wählerschaft nur noch die Älteren im Blick sind. Dabei sind es die jungen Menschen, die die Folgen heutiger Politik ausbaden müssen: von der Verschuldung über die Umweltverschmutzung bis zur Infrastrukturpolitik. Ob gut oder schlecht – die nachfolgenden Generationen müssen das Erbe antreten und haben kaum eine Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen, die die Weichen stellt. Dabei steigt die Notwendigkeit, dass sich junge Menschen mit unserer gewachsenen Demokratie identifizieren. Sowohl die Wahlbeteiligung bei ErstwählerInnen als auch das Interesse an Politik nehmen in einem gefährlichen Ausmaß ab.

Deshalb müssen junge Menschen mehr beteiligt werden – dafür sind geeignete Formen (weiter) zu entwickeln. Eine Möglichkeit ist die Absenkung des Wahlalters. Heute ist es so, dass bei einem Wahlrhythmus von fünf Jahren manche erst im Alter von 23 Jahren zum ersten Mal an Landtagswahlen teilnehmen können. Dadurch wird es versäumt, junge Menschen ins demokratische System einzubinden. Eine Absenkung des Wahlalters wäre auch eine gute Chance für die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule, da Jugendliche dann über Politik und Wahlen reden könnten, wenn sie von ihrem Wahlrecht auch tatsächlich Gebrauch machen können.

Politik muss sehr darauf achten, dass die jungen Menschen an wichtigen Entscheidungen in Schulen, in Kommunen, in den Bundesländern und auch im Bund adäquat beteiligt sind. Das schließt die Teilnahme an Wahlen ein, bedingt aber auch andere Formen der Partizipation. Es ist zu bedenken, dass vor allem die gut ausgebildeten jungen Menschen die flexibelsten sind und abwandern können. Keine Kommune, kein Bundesland kann es sich leisten, ihre Interessen nicht zu beachten. Dazu kommt, dass Jugendliche sich beim freiwilligen Engagement als am stärksten engagierte Altersgruppe in die Gesellschaft einbringen.



StummVieh

Forderungen:



- Das Wahlalter muss auf 14 Jahre abgesenkt werden.
- Politische Bildung muss früher ansetzen und ausgebaut werden. Dabei muss die aktive Partizipation eingeübt werden.
- Jugendliche müssen an allen sie betreffenden Fragen adäquat beteiligt werden. Das ist politisch zu verankern. Dafür sind vor Ort geeignete Methoden zu entwickeln.
- Jugendhilfeausschüsse müssen in der jetzigen Struktur erhalten bleiben und in der Ausgestaltung qualitativ weiterentwickelt werden.

Themenraum 3

Konsolidierung öffentlicher Haushalte

Deutschland ist ein reiches und ein armes Land. Arm sind vor allem die öffentlichen Haushalte: Zu Beginn des Jahres 2005 schlugen insgesamt über 1,4 Billionen Euro Schulden zu Buche. Die öffentlichen Kassen müssten über 100 Jahre Schulden zurückzahlen – wenn heute mit der Schuldenmacherei Schluss wäre. Doch die öffentlichen Haushalte sind nicht nur hoffnungslos verschuldet – in der gleichen Zeit, in der diese Schulden gemacht wurden, wurde auch viel Besitz des Staates privatisiert. So bleiben der nachfolgenden Generation als Erbe vor allem ein großer Schuldenberg und eine teilweise marode Infrastruktur.

Zu den direkten Schulden kommen indirekte: Das Personal des Landes Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen 50 Jahren fast verdreifacht (1952: 97.931 – 2003: 263.756). In den künftigen Jahren kommen stark ansteigende Pensionsverpflichtungen auf das Land zu. Die Versorgungsausgaben des Landes steigen von 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2002 auf 6,2 Milliarden im Jahr 2020 und 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2030 an. Kommt es zu keinen Änderungen bei der Altersversorgung der Landesbediensteten, steigt der Anteil der Pensionsleistungen am Gesamthaushalt von derzeit 7 Prozent auf rund 25 Prozent im Jahr 2030 an.

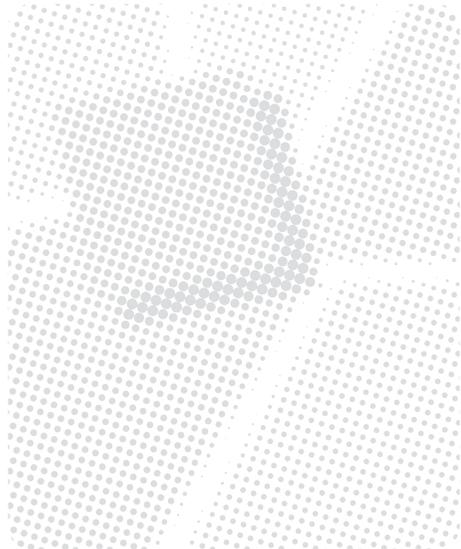
Deutschland ist als Exportweltmeister aber auch ein reiches Land. Das Vermö-

gen der Privathaushalte ist auf über vier Billionen Euro angestiegen. Allerdings haben sich die Einkommen höchst unterschiedlich entwickelt: Vom erwirtschafteten Gesamteinkommen gingen 1980 rund 75 Prozent an die Beschäftigten und 25 Prozent an die Kapitaleigner. 2004 hingegen erhielten die Beschäftigten noch 69 Prozent des Gesamteinkommens, die Kapitaleigner aber schon 31 Prozent.



Gleichzeitig stieg die Belastung ausgerechnet der Arbeitseinkommen. 1980 wurden Arbeitseinkommen mit 33,4 Prozent für Steuern und Sozialabgaben belastet, Kapitaleinkommen mit 33,5 Prozent. 2003 ist die Belastung der Arbeitseinkommen auf 36,4 Prozent gestiegen (ohne indirekte Steuern), die der Kapitaleinkommen aber auf 15,7 Prozent abgesunken.

Die faktische Besteuerung der Gewinne großer Unternehmen hat sich in Deutschland auf den Europarekord von durchschnittlich nur 10 Prozent abgesenkt, Kapitaleinkommen werden zur Finanzierung des Sozialsystems erst gar nicht herangezogen. Viele große Unternehmen zahlen in Deutschland gar keine Steuern mehr, oder sie verlassen (steuerrechtlich) das Land. Ein Sozialstaat allerdings braucht Steuern, um seinen Aufgaben nachkommen zu können.



Forderungen:



- Es darf keine weitere Verschuldung des Landeshaushaltes mehr geben. Die bestehende Verschuldung muss abgebaut werden.
- Ausnahmslos alle Einkünfte von Privatpersonen und Unternehmen müssen in die Berechnung der Steuerlast einbezogen werden.
- Das Land muss eine Strategie gegen den sich abzeichnenden Berg an Pensionsverpflichtungen entwickeln.

Themenraum 4

Sozialversicherung

Während der Anteil der Rentenzahlungen am Bruttoinlandsprodukt in den letzten 30 Jahren etwa stabil bei 12 Prozent liegt, sind die Beiträge der Versicherten von 15 Prozent auf 22 Prozent gestiegen. Und obwohl auch noch Erträge aus der Ökosteuern zur Finanzierung der Renten herangezogen werden, müssen die Bundeszuschüsse ständig erhöht werden. Durch den demographischen Wandel werden die Finanzierungsprobleme noch verschärft: Es wird mehr RenterInnen geben, die (zum Glück) immer länger leben. Gleichzeitig wird die Zahl derer abnehmen, die in die Rentenversicherung einzahlen. Deutlich wird, dass der so genannte Generationenvertrag nicht mehr funktioniert. Deshalb sind drastische Änderungen unabdingbar.

Zusätzlich zu den ständig steigenden Rentenversicherungsbeiträgen investieren zunehmend viele ArbeitnehmerInnen Geld für eine private Altersvorsorge – zum Beispiel über die Riesterrente.

Es droht also eine mehrfache und sich steigernde Ungerechtigkeit: ArbeitnehmerInnen tragen einseitig die Versorgung der RentnerInnen, wenden hohe Summen auf für eine zusätzliche Altersversorgung, da sie davon ausgehen, dass sie wenig Rente bekommen und finanzieren über ihre Steuerzahlungen die (stark wachsenden) Zahlungen von Bund und Land für die Pensionen. Beamte und Menschen mit anderen Einkommen, zum Beispiel aus

Vermögen, tragen dagegen wenig bei zur Finanzierung der verdienten Rentenzahlungen an die älteren Menschen.

Neben der Ungleichheit im Rentensystem machen ständige Reformen auch die Krankenversicherungen immer ungerechter. Für jüngere Menschen gibt es schon seit längerem keinen Zuschuss zum Zahnersatz mehr, nun wird ein Teil der Versicherung für die Zähne für alle privatisiert. Gut Verdienende können sich aus der Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung verabschieden. Die Arbeitgeber werden zunehmend „entlastet“, zum Beispiel durch die Umlage an die Versicherten im Juli 2005. Und in der Politik wird die Idee einer Krankenversicherung auf der Basis einer Kopfpauschale in gleicher Höhe für alle diskutiert.

Forderungen:

- Verbreiterung der Basis derer, die in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden.
- Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegezeiten, sowie Ausbildungs- und Fortbildungszeiten ebenso wie Zeiten ehrenamtlichen Engagements müssen angemessen in die Alterssicherungsansprüche einbezogen werden.

Themenraum 5

Jugendspezifische Lebensräume

Durch den demographischen Wandel wird die gesellschaftliche Gruppe „Jugend“ zur Randgruppe. Dadurch ändert sich ihre Rolle in der Gesellschaft, aber auch die Formen des Zusammenlebens. Einzelkinder, deren Eltern ebenfalls Einzelkinder sind, wachsen ohne gleichaltrige nahe Verwandte auf. Diesen und anderen Folgen des demographischen Wandels für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen muss die soziale Daseinsfürsorge Rechnung tragen.

Kultur wird sehr unterschiedlich gefördert. Während die Kommunen und Länder für „Erwachsenenkultur“ („Hochkultur“) sehr hohe Beträge aufwenden, gibt es für Ju-

gendkultur im Verhältnis dazu viel weniger Mittel. Dabei werden in jugendkulturellen Einrichtungen neue Wege entwickelt und Jugendliche erwerben wichtige Kompetenzen, sich auszudrücken und die Welt zu begreifen. Aus diesen Gründen ist es auch angesichts von sinkenden Zahlen von Kindern und Jugendlichen notwendig, Räume für Jugendliche und für Jugendkultur zur Verfügung zu stellen.

Forderungen:



→ Junge Menschen brauchen wieder Planungssicherheit. Sie müssen wissen, was sie zukünftig noch an Rente erwarten können. Hier ist ein geeignetes solidarisches, effizientes System zu entwickeln.

- Jugendarbeit als Bildungs- und Entfaltungsort für Kinder und Jugendliche muss dem qualitativen Bedarf entsprechend erhalten und ausgebaut werden.
- Die selbstorganisierte Jugendkultur muss stärker gefördert werden.
- Die Dimension der kulturellen Bildung ist in der Bildungsplanung von Schule und außerschulischen Orten fest zu verankern.
- Jugendliche müssen bei der Gestaltung öffentlicher Räume (z. B. Straßen, Plätze, ...) adäquat beteiligt werden.

Themenraum 6

Medien

Medien sind ein bedeutender Teil unseres Lebens. Dort werden die wichtigen Themen verhandelt, Stimmungen beeinflusst und nicht zuletzt spielen Medien eine dominierende Rolle, wenn Menschen Unterhaltung und Zerstreuung suchen. Für junge Menschen ist das Angebot sehr eigenartig: Bei den privaten Sendern herrscht im Großen und Ganzen eine aufgekratzte (und manchmal aufgesetzte) Jugendlichkeit. Allerdings gibt es dort kaum Informationen. In den öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen gibt es dagegen kaum jugendgerechte Informationen und vor allem fast keine ansprechende Unterhaltung. Mit dem KI.KA gibt es ein gutes Angebot für Kinder, das sowohl Bildung als auch Unterhaltung und Information umfasst. Für Jugendliche fehlen dagegen ansprechende Sendungen.

Durch den demographischen Wandel droht, dass in den öffentlich-rechtlichen Programmen ein noch größeres Augenmerk auf die zahlenmäßig wachsende Gruppe der älteren Menschen gelegt wird.

In der Zukunft wird sich durch das Internet und die flächendeckende Einführung der Digitalisierung die Unübersichtlichkeit der verschiedenen Medien noch verstärken. Kinder und Jugendliche müssen lernen, sich in dieser Unübersichtlichkeit zu bewegen und mit Medieninhalten angemessen umzugehen. Deshalb muss in Zukunft der Stärkung der Medienkompetenz von Kin-

dern und Jugendlichen in der schulischen und außerschulischen Jugendbildung ein größeres Gewicht beigemessen werden.

Forderungen:



- In den öffentlich-rechtlichen Programmen müssen mehr Sendungen von und für Jugendliche vorkommen. Ein Jugendkanal der ARD ist einzurichten.
- Medienkunde muss in der Bildungsplanung von Schule und in außerschulischen Orten verankert werden.
- Nichtkommerzielle Radio- und Fernsehsender müssen besser gefördert werden.



Themenraum 7

Arbeitslosigkeit

Trotz vielfältiger und teurer Bemühungen der Bundesregierung steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Aktuell (Februar 2006) sind davon knapp fünf Millionen Menschen betroffen. Wer einmal arbeitslos ist, hat es schwer, wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Gleichzeitig müssen die, die einen Arbeitsplatz haben, mehr arbeiten und werden dadurch stärker belastet.

Vor allem für chancenarme Jugendliche werden die Perspektiven schlechter. Ihre soziale Integration insgesamt ist in

Frage gestellt. Deshalb ist eine aktive Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf von Nöten. Für junge Menschen unter 25 Jahren muss Förderung und Qualifizierung absoluten Vorrang haben. Unter Beteiligung der Jugendhilfe sind im Zusammenwirken der Möglichkeiten von Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) junge Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Für die nächsten Jahre ist zu beachten, dass zwar noch deutlich mehr Jugendliche auf den Arbeitsmarkt kommen als es Ausbildungsplätze

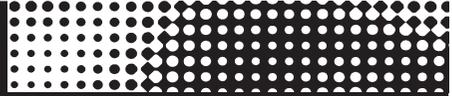
gibt. Danach gibt es aber über Jahrzehnte einen Rückgang der ausgebildeten Kräfte, so dass jetzt alles investiert werden muss, damit die Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung bekommen und damit eine gute Chance, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Forderungen:



- Jedem jungen Mensch ist ist eine qualifizierte Ausbildung bzw. ein Studienplatz anzubieten.
- Der Übergang Schule – Beruf und die Berufswahl müssen sozialpädagogisch begleitet werden.
- Es müssen realistische, praxisnahe und zertifizierte Qualifizierungsmöglichkeiten für junge Arbeitslose geschaffen werden.
- Die Attraktivität von Teilzeitstellen muss gesteigert werden, um die Anzahl verfügbarer Arbeitsplätze zu steigern.
- Unternehmen müssen Verantwortung wahrnehmen und Dauer-Praktikumsstellen in Ausbildungs- und Arbeitsplätze umwandeln.

Themenraum 8



Einwanderung und Integration

Eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft zeichnet sich durch Vielfalt aus. Auch in Deutschland sind Gesellschaft und Kultur vielfältig und dynamisch – und Veränderungen unterworfen. Unterschiedliche Vorstellungen von „Lifestyle“ und unterschiedliche kulturelle Prägungen bilden ein buntes Kultur-Patchwork. Diese weit über die ethnische Vielfalt hinausgehende, „multikulturelle“ Realität unserer Gesellschaft ist zugleich Bereicherung und Herausforderung, die Chancen und Risiken für Mehrheiten und für Minderheiten beinhaltet.

Ohne weitere Einwanderung wird die deutsche Bevölkerung im 21. Jahrhundert stark altern und schrumpfen. Auch wenn es gelingen sollte, die Geburtenrate durch gute Familien- und Sozialpolitik zu beeinflussen, der Trend, der seit den 70er Jahren eingesetzt hat, ist nicht rückgängig zu machen. Zwar lässt sich durch den Zuzug von AusländerInnen die Alterung der Gesellschaft nicht rückgängig machen, aufhalten lässt sich aber ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Einwanderung lässt sich gezielt steuern.

Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung ist jedoch schlecht darauf vorbereitet und ein Teil ist offen rassistisch. Das Aufkommen rechtsextremer Strömungen in vielen Ländern Europas zeigt, wie wichtig entsprechende politische Ant-

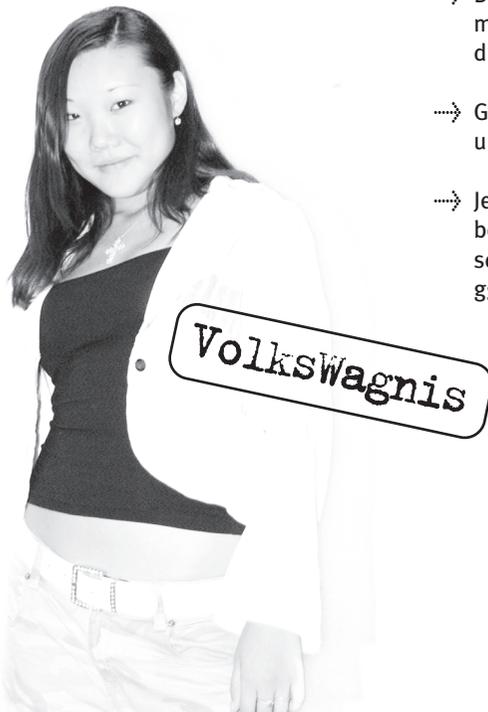
worten sind. Fremdenfeindlichkeit und Übergriffe gegen Minderheiten schrecken gerade jene MigrantInnen ab, die wir in Europa zukünftig dringend benötigen werden, denn Einwanderungspolitik ist zu einem Wettbewerbsfaktor im 21. Jahrhundert geworden.

Integration wird in Deutschland oft mit Assimilation (einseitige Anpassung der Eingewanderten) verwechselt. In der Tat hat Integration viele Dimensionen (ökonomische, soziale, kulturelle, politisch-rechtliche und räumliche) und ist kein Zustand, sondern ein Prozess, an dem die ganze Gesellschaft beteiligt sein muss und mit dem sich auch die ganze Gesellschaft verändern kann.

Forderungen:



- Integration geht alle an: Es braucht einen gesellschaftlichen Diskurs, eine Förderung interkultureller und interreligiöser Kompetenzen im gesamten Bildungswesen und die interkulturelle Öffnung aller Dienste, Einrichtungen und gesellschaftlichen Bereiche.
- Sprachförderung muss es für alle kostenfrei geben, die einen besonderen Bedarf haben.
- Doppelte Staatsbürgerschaft muss möglich sein, dies ermutigt zur dringend nötigen Einbürgerung.
- Gesinnungstests sind kontraproduktiv und sind abzulehnen.
- Jedes Kind, das in Deutschland geboren wird, soll dauerhaft die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, ggf. neben einer anderen.



Themenraum 9

Förderung von Familien

In Baden-Württemberg lebt nach wie vor die Mehrheit der Menschen in Familien. Dabei ist der Familienbegriff in Politik und Gesellschaft sehr unterschiedlich gefüllt. Die traditionelle Familienform von verheirateten und lebenslang zusammenlebenden Eltern, bei der der Vater als Ernährer einer Erwerbsarbeit nachgeht und die Mutter zu Hause ist und sich um die Kinder kümmert, ist einer Vielzahl an unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens mit Kindern gewichen. Ziel muss es immer sein, den Kindern ein möglichst optimal gesichertes und begleitetes Aufwachsen zu ermöglichen.

Familien sind bei weitem mehr dem Risiko der Armut ausgesetzt als Menschen, die ohne Kinder leben. Dies liegt auch daran, dass es besonders für allein erziehende Väter und Mütter durch die fehlende bedarfsgerechte Kinderbetreuung schwer ist, angemessener Erwerbsarbeit nachzugehen. Erst wenn Männer und Frauen das Gefühl haben, dass Kinder kein Nachteil für die eigene Lebensplanung sind, entscheiden sie sich für Kinder.

Neben anderer Unterstützung ist es für Familien wichtig, angemessene und bezahlbare Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu haben. Nimmt man die Vorhersagen der ExpertInnen ernst, wird der Bedarf an Wohnraum auch in Baden-Württemberg in spätestens 20 Jahren drastisch sinken. Daher ist es wider-

sinnig, jetzt mit staatlicher Förderung für junge Familien neue Baugebiete zu erschließen, weitere Flächen zu versiegeln und gleichzeitig kommenden Landes- und Bundeshaushalten die Kosten des Rückbaus dieser Siedlungen aufzubürden. Geboten ist stattdessen, Familien, die eine staatliche Unterstützung benötigen, beim Erwerb von Wohneigentum zu fördern. Dabei sollten aber nicht Neubauten, sondern die Sanierung vorhandenen Wohnraums im Vordergrund stehen.

Forderungen:



- Das Ehegattensplitting muss abgeschafft werden und zu einem Familiensplitting umgebaut werden.
- Es braucht kostenlose Kinderbetreuung ab null Jahre für alle.

Themenraum 10

Geschlechtergerechtigkeit

Dreißig Jahre sind vergangen, seit die Frauenbewegung in Deutschland auf die Barrikaden ging und sich lautstark für die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern einsetzte.

Heute gibt es Pädagoginnen in der Mädchenarbeit, Frauenbeauftragte und Gleichstellungsgesetze, Zugangsquoten und Förderpläne. Doch trotzdem sind wir von Geschlechtergerechtigkeit weit entfernt: Noch immer scheint die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem ein Thema der Frauen, noch immer verdienen Frauen im Vergleich weniger, sind in den verantwortungsvollen Posten seltener vertreten und leisten 80 Prozent der Hausarbeit.

Geschlechtergerechtigkeit meint noch mehr als das: Sie steht für den Abschied von sozial festgelegten Rollenmustern, die Handlungsspielräume einschränken; sie hat zum Ziel, dass die und der Einzelne, die für sich passende Rolle finden und leben kann. Davon profitieren Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gleichermaßen. Die Herausforderungen der Zukunft sind nur gemeinsam, gleichberechtigt und partnerschaftlich zu bewältigen!

Forderungen:



- Gender Mainstreaming muss als Querschnittsaufgabe anerkannt und in allen Bereichen umgesetzt werden.
- Bis Chancengleichheit erreicht ist, müssen auch weiterhin Frauen besonders gefördert werden.
- Das Rollenverständnis von Frauen und Männern ist zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.
- Die unterschiedliche Bewertung so genannter Frauen- und Männerberufe ist abzubauen, ebenso die unterschiedliche Bezahlung gleichwertiger Tätigkeiten und gleichwertiger Qualifikationen.
- Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Teilzeit von Frauen und Männern, auch in Leitungspositionen besonders zu fördern, und die Erziehungsbeteiligung von Männern zu stärken, sowie die geteilte Elternzeit zu unterstützen.
- Frauen müssen verstärkt Leitungspositionen wahrnehmen können.
- Geschlechtsspezifische Jugendarbeit ist zu fördern.

Junge Menschen erben nicht nur Schuldenberge und überlastete öffentliche Haushalte, sondern auch eine belastete Umwelt. Sie sollen aber auch in Zukunft die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Daher darf heutige Politik nicht auf ihre Kosten wirtschaften und damit Chancen verbauen.

Der Klimawandel wird zu einer Bedrohung der Lebensqualität auch bei uns und löst weitere Prozesse wie das Auftauen des Permafrostbodens in Alaska und Sibirien aus. Dadurch werden unzählige Kubikmeter gespeicherte Gase freigesetzt – die weiteren Konsequenzen sind noch gar nicht absehbar.

Die strahlenden Abfälle aus den Kernkraftwerken sind noch zehntausende von Jahren eine Bedrohung, da die sichere Entsorgung noch immer nicht geklärt ist. Zu einem starken Ausbau erneuerbarer Energien gibt es also keine Alternative.

Ein weiteres Problem ist die weiter stark zunehmende Versiegelung unserer Böden. In Deutschland werden täglich 130 Hektar Land zugebaut. Damit verlieren nicht nur Pflanzen und Tiere Lebensräume, sondern es werden auch andere Beeinträchtigungen des Ökosystems in Kauf genommen. Die Gefahr von Überschwemmungen steigt.

Mobilität ist heute nicht nur wirtschaftlich gefordert, sondern wird zum zunehmenden

den Merkmal von Lebensqualität, wenn beispielsweise nahe Verwandte in einem anderen Bundesland leben. Gleichzeitig frisst die wachsende Mobilität große Mengen an Energieressourcen. Gerade Kinder und Jugendliche (und übrigens auch ältere Menschen) sind auf den öffentlichen Personenverkehr angewiesen. Durch attraktive Angebote lernen sie die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln kennen und schätzen.

Forderungen:

- Die Flächenversiegelung gilt es zu reduzieren. Hierzu muss bspw. bei der Weiterentwicklung von Flächennutzungsplänen die Nutzung innerstädtischer Brachen Vorrang vor Neuerschließung haben, allerdings sollen innerstädtische Grünflächen erhalten bleiben.
- Der öffentliche Nahverkehr ist für alle Generationen attraktiver zu machen, z. B. bei der Preis- und Fahrplangestaltung.
- Staatliche Zuschüsse darf es nur noch für energetisch sinnvolle Altbausanierungen und energieeffiziente Neubauten auf bereits versiegelten Flächen geben.

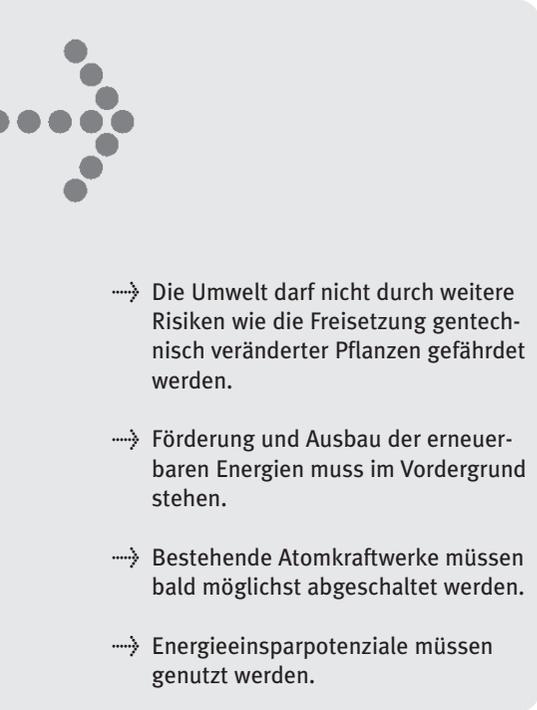
Ausblick

Durch den Beschluss der Vollversammlung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. am 25. März 2006 wurde aus den dargestellten Positionen und Forderungen ein Grundsatzbeschluss. Diesen tragen alle 26 Mitgliedsverbände sowie die dem LJR angeschlossenen Stadt- und Kreisjugendringe mit.

Für die nächsten zwei Jahre haben sich damit der Landesjugendring und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendorganisationen für ihre Arbeit im Bereich der Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche die Grundlage gelegt. Das Spektrum der Themen wie auch der Forderungen können von der Vollversammlung des Landesjugendrings erweitert werden.

In der kommenden Zeit werden nun einzelne Mitgliedsorganisationen wie auch die Organe des Landesjugendrings (Vorstand, einzelne Kommissionen) bestimmte Themenräume herausgreifen und vertiefend bearbeiten. Dies kann in Form differenziert ausgearbeiteter Anträge an die Vollversammlung zu einem inhaltlichen Aspekt wie auch in vielfältigen Aktionen, Kampagnen und Gesprächen geschehen.

Der Bauplan Zukunft wird so an Gestalt gewinnen und immer konkreter und detaillierter werden.

- 
- Die Umwelt darf nicht durch weitere Risiken wie die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen gefährdet werden.
 - Förderung und Ausbau der erneuerbaren Energien muss im Vordergrund stehen.
 - Bestehende Atomkraftwerke müssen bald möglichst abgeschaltet werden.
 - Energieeinsparpotenziale müssen genutzt werden.

landes jugen d ring
baden-württemberg e.v.

